Die Vorherrschaft konservativer Regierungen in Zentralamerika bröckelt. Mit den endgültigen Zahlen bestätigte der Nationale Wahlrat (CNE) von Honduras kurz vor Weihnachten 2021 den am 28. November errungenen Sieg der progressiven Präsidentschaftskandidatin der Partei der Freiheit und Neugründung (auch bekannt als „Libre“), Xiomara Castro. Mit 51,12 Prozent gegen 36,93 Prozent der Stimmen ihres wichtigsten konservativen Herausforderers der Nationalen Partei, Nasry Asfura, wurde sie für den Zeitraum 2022 bis 2026 zur neuen Präsidentin des zentralamerikanischen Landes gewählt. Dass nahezu 70 Prozent der Wahlberechtigten (rund 3,6 Millionen Wähler) im 10 Millionen Einwohner zählenden Land zu den Urnen strömten, wurde im In- und Ausland als Zeichen eines „Basta ya!“ („Es reicht!“) an die Adresse uferloser Korruption, Gewalt und sozialer Unsicherheit gewertet, die insbesondere vom abdankenden Präsidenten Juan Orlando Hernández verkörpert wird. Von **Frederico Füllgraf**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/220111_Honduras_Xiomara_Castro_Die_Frau_die_es_ernst_meint_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Castros erste Ansprache nach dem Wahlsieg bestätigte dieses Volksbegehren nach Ende der Demut und Aufbruch in eine demokratische, gewaltfreie und sozial gerechtere Zukunft. Ihre Zuhörer fühlten sich vertreten, als die Wahlsiegerin daran erinnerte, das honduranische Volk habe „12 Jahre im Widerstand beharrt. Dass diese 12 Jahre jedoch nicht umsonst waren“, hätten „die Menschen mit ihrer Stimme demonstriert“. Dieser Widerstand habe „Märtyrer erlebt, die ihr Leben hingaben, damit die Menschen heute Freiheit und Gerechtigkeit ernten“, unterstrich die Frischgewählte, die am kommenden 27. Januar als neue Staatschefin ihr Amt antritt.

Gegebenenfalls vom Geist der Besänftigung eines Nelson Mandela oder eines konzilianten Lula da Silva angetrieben, kündigte Castro „eine Regierung der Versöhnung, des Friedens und der Gerechtigkeit“ an. Diese solle landesweit mit einer partizipativen, direkten Demokratie durch Referenden eingeleitet und gesichert werden. Volksbefragungen durch Regionalregierungen, Bürgermeister, Abgeordnete des Nationalkongresses und der Exekutive sollen zur Regel werden. Als symbolische Geste bot die Wahlsiegerin ihren Gegnern an, ihre „Hand zu reichen“, und rief zum umfassenden politischen Dialog auf.

Das Dialog-Angebot richtete sich allerdings an die abtrünnigen Kräfte ihres Vorgängers

Juan Orlando Hernández, dessen Regierung unter schweren Korruptionsvorwürfen und Verbindungen zum internationalen Drogenhandel steht. Die Anschuldigungen sind gravierend. Juan Antonio „Tony“ Hernández, ein jüngerer Bruder des Präsidenten, wurde bereits 2019 in den USA zu lebenslanger Haft verurteilt. Er wurde für schuldig befunden, während seiner über ein Jahrzehnt dauernden kriminellen Karriere Tonnen von Kokain in die USA geschmuggelt zu haben. Von der britischen *BBC* bis zum linksliberalen The *New Yorker* sinnierten internationale Medien seit Mai 2021, „ob aus Honduras ein Narco-Staat geworden ist“.

Den Hintergrund bildet die Anschuldigung von zwei mächtigen Drogenbossen vor einem New Yorker Gericht, wonach ihnen der Präsident zum Preis zigtausender US-Dollar Schutz für ihr illegales Drogengeschäft gewährte. Hernández wurde zum ersten Mal 2014 als Nachfolger des Putschisten Porfirio Lobo Sosa gewählt. Als Vertreter der ultrakonservativen Partido Nacional trat er 2017 zur Wiederwahl an. Die Wahlbeobachtungsmission der Europäischen Union sowie Dutzende internationale Wahlbeobachter bescheinigten Hernández Wahlbetrug. Die Folgen waren gewalttätige Zusammenstöße zwischen Polizei, Militär und Demonstranten der Opposition, die mindestens 7 Tote und mehr als 20 Schwerverletzte forderten. Doch Hernández verharrte im Amt.

Ehefrau eines Putsch-Opfers

Als eine der ersten Gratulanten Castros meldete sich telefonisch US-Vizepräsidentin Kamala Harris. Die US-Unterstaatssekretärin für zivile Sicherheit, Demokratie und Menschenrechte, Urza Zeya, sparte auch nicht mit Aufwand und traf bereits am 12. Dezember in der honduranischen Hauptstadt Tegucigalpa ein, um Washingtons Unterstützung anzubieten. Waren dies Zeichen der Reue und einer Neudeutung der US-Außenpolitik gegenüber Zentralamerika?

Xiomara Castro ist nämlich die Ehefrau des Ende Juni 2009 durch einen kombinierten Putsch von Justiz, Parlament und Militärs gestürzten und des Landes verwiesenen, ehemaligen Präsidenten Manuel Zelaya, der damit an einer geplanten Volksbefragung gehindert werden sollte. Doch das US-State Department hatte mehr als nur Vorkenntnisse von dem geplanten Putsch. Zusammen mit dem US-Kongress finanzierte und beriet es die am Putsch beteiligten honduranischen Akteure und Organisationen. Doch weshalb die Frage nach einer vermeintlichen Reue? Die Frage macht Sinn, die Verschwörung entfaltete sich nämlich während der ersten sechs Monate der Amtszeit der Demokraten Barack Obama und Joe Biden als Präsident und Vizepräsident der USA.

Nachforschungen, die auf der Sichtung von Tausenden von Seiten freigegebener

Regierungsakten und Dutzenden von Interviews mit hochrangigen Beamten des US-amerikanischen und honduranischen Militärs, Politikern und anderen wichtigen Quellen basieren, enthüllten bereits 2017 Einzelheiten über die Rolle der USA beim Putsch und seine Folgen. Das ursprünglich auf der Plattform *The Intercept* veröffentlichte Material lieferte auch Einblicke in den außenpolitischen Apparat der USA, der nach Meinung von Autor Jake Johnston vom Washingtoner Center for Economic and Policy Research (CEPR) derart massiv ausgebaut sei und so viele gegeneinander konkurrierende Interessen offenbare, dass es „nicht nur eine US-Regierung oder -Politik zu geben scheint“. Die Untersuchung bestätigte die Jahre zuvor von Eva Golinger auf der Plattform Counterpunch vorgetragenen Beschuldigungen und deckte die heimlichen Akteure auf, die Honduras ins Chaos führten, die offizielle US-Politik nach dem Putsch teilweise illegal unterliefen und eine neue Ära der Militarisierung einleiteten, die viele Spuren von Gewalt und Repression hinterließ.

Castros Erbe: Von der „Bananen-Republik“ auf Rang 6 unter den sozial ungleichsten Ländern der Welt

Nach Angaben der Nationalen Autonomen Universität von Honduras (UNAH) nahm die Armut in dem zentralamerikanischen Land im Jahr 2020 um 10,7 Prozentpunkte zu und schoss in den 70-Prozent-Bereich empor. Das heißt, drei von vier Honduranern lebten Ende 2021 in Armut, mahnte Ismael Zepeda, Ökonom beim Sozialforum für Auslandsverschuldung und Entwicklung von Honduras (Fosdeh) gegenüber der Nachrichtenagentur EFE. Soziale Unsicherheit, Arbeitslosigkeit und ein hohes Maß an Korruption sind drei ernsthafte Probleme, denen sich die neue Exekutive stellen müsse. Der alarmierende Armutsanstieg ist jedoch auch eine klare Folge der Coronavirus-Pandemie, die in 16 Monaten 274.478 Ansteckungen und 7.259 Todesfälle in Honduras verursachte. Das Empfinden von Ausweglosigkeit verstärkte wiederum die irreguläre Migration in Richtung USA als angebliches „Sicherheitsventil“, bedauert Zepeda.

Wovon lebt die überwiegende Zahl der Honduraner? Seit über einem Jahrhundert ist der exportorientierte Agrarsektor die treibende Kraft der Wirtschaft, mit Ausfuhren von Kaffee (47 Prozent), Garnelen (21 Prozent), Bananen (11 Prozent), Melonen (7 Prozent), Hummern (6 Prozent) und Ananas (3 Prozent). Indes ist die ungleiche Landbesitz-Verteilung zugunsten transnationaler Unternehmen „einer der größten strukturellen Brüche“, warnt Castros Regierungsprogramm. Die in- und ausländischen Latifundien, mit Ausdehnungen über 50 Hektar, machen kaum 5 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe aus, konzentrieren jedoch 61 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Anbaufläche auf sich, während 71 Prozent der Klein- und Mikro-Bauern zusammen kaum 9 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche besitzen. Neben dem Kaffeeanbau investiert das Agrobusiness seit wenigen

Jahren nun auch in die Expansion der Produktion von Ölpalmen. Die Anbaufläche nahm um 673 Prozent zu, machte aus der Nutzpflanze eine neue Monokultur fern jeder Nachhaltigkeit und verschärfte die Bedingungen für den Anbau von Lebensmitteln für die Grundernährung.

Das Latifundium ist jedoch die logische Fortsetzung einer langen und konfliktbeladenen Vorgeschichte, die mit der neuzeitlichen Kolonisierung Zentralamerikas durch US-Konzerne begann und in der Errichtung zahlreicher US-Militärstützpunkte gipfelte.

„Chiquita Banana“: 120 Jahre Kolonisierung und Staatsstreiche

Mehr starb als lebte Honduras seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts an den Folgen seines Bananen-Exports in die USA. Heute exportiert das Land hauptsächlich Menschen als Billiglohn- und Elendsjobs-ArbeiterInnen in die USA. Honduras besitzt 10 Millionen Einwohner und ist mit rund einer Million nach Mexiko eine der größten Migranten-Gemeinden in den USA. Im Jahr 2020 beliefen sich ihre Überweisungen an Familienmitglieder nach Honduras auf insgesamt 5,74 Milliarden US-Dollar und stellen gegenwärtig die Devisen-Haupteinnahmequelle des Landes dar.

Nicht wenige Beobachter fragten sich in den vergangenen Jahren, wie zu erklären sei, dass hunderttausende HonduranerInnen, natürlich auch Guatemalteken und Salvadorianer, ausgerechnet in die USA strömen. Nämlich in das Land, dessen Drogenbekämpfungs-Behörde (DEA) korrupte Deals mit der Drogenmafia aushandelte sowie Gewalt verbreitete und – neben 12 Militärbasen in Panama, 12 in Puerto Rico, 9 in Kolumbien und 8 in Peru – mindestens einen Militärstützpunkt mit mehr als 1.000 Soldaten auf honduranischem Boden betreibt. Man könnte meinen, im Verhältnis der millionenfachen Migrantenmassen Zentralamerikas gegenüber dem „inneren Feind“ (die USA) in ihren Ländern lauere so etwas wie das Stockholm-Syndrom, also eine Art emotionale Abhängigkeit und Komplizenschaft zwischen Opfer und Häscher. Doch lautet die mehrheitliche Antwort der Migranten, weit und breit erblickten sie kein anderes „Land der Verheißung“ als das Land ihrer Blutsauger und Besatzer.

Scharen von Zentralamerikanern ist die Möglichkeit auf Widerstand nicht mehr in Erinnerung, doch das war vor einem halben Jahrhundert noch anders. Zum Beispiel der historische Streik von 35.000 Plantagen-Arbeitern, die am 1. Mai 1954 die Herrschaft der United Fruit Company herausforderten und die ersten Arbeitsrechte in Honduras erkämpften.

Wer in Deutschland schälte nicht wenigstens einmal in seinem Leben einen gelben

Bananen-Halbmond mit dem Aufkleber „Chiquita“? Ja, Bananen, über deren Produktionsbedingungen vor Ort Bundesregierung und EU Bescheid wussten und mit einer lachhaften Einfuhrklausel die Importbananen „geradebiegen“ ließen.

Nun, die folkloristisch abgebildete Dame mit der Fruchtschale als Kopfbedeckung ist eine der Hausmarken von *Chiquita Brands International*, dem Erbe des United-Fruit-Konzerns. Dessen Herrschaftssystem begann 1871, als der US-amerikanische Unternehmer Henry Meiggs eine Eisenbahn in Costa Rica baute. Im Jahr 1882 erklärte jedoch die costa-ricanische Regierung, dass sie Meiggs Auftrag nicht bezahlen könne und sah sich zur Aufnahme eines Eine-Million-Pfund-Sterling-Kredites bei der Bank of London gezwungen. Als „Dankesgeste“ (?) für die Eisenbahnstrecke schenkte die Regierung dem US-Amerikaner eine Fläche von 800.000 Morgen (ca. 3.200 Quadratkilometer).

Meiggs wurde als Verwalter der miserablen, schlecht gebauten Eisenbahnstrecke eingesetzt, gründete jedoch 1899 das Bananen-Unternehmen Tropical Trading and Transport Company, das bald mit der Rivalfirma, der Boston Fruit Company, fusionierte und sich fortan United Fruit Company nannte.

Im Jahr 1900 stieg United Fruit mit der Veröffentlichung des Reisebuchs *The Golden Caribbean: A Winter Visit to the Republics of Colombia, Costa Rica, Spanish Honduras, Belize and the Spanish Main* in den Fernreise-Markt für wohlhabende US-Amerikaner ein und wurde ein Jahr später von der guatemaltekischen Regierung mit der Verwaltung ihres Postdienstes beauftragt, was United Fruit zur Gründung der Tropical Radio and Telegraph Company befeuerte. Von der Eisenbahn- und Postverwaltung bis hin zum Obstanbau expandierte der Konzern Schritt für Schritt über die Grenzen Panamas hinweg ins südlich gelegene Kolumbien. Dort inszenierte United Fruit einen der blutigsten Zusammenstöße zwischen Landarbeitern, Großgrundbesitzern und Militär: das weltweit betrauerte Bananen-Massaker vom Dezember 1928 in Ciénaga, Verwaltungsbezirk Magdalena.

Etwa 1.800 Plantagen-Arbeiter starben an diesem Tag im Kugelhagel des kolumbianischen Militärs, nachdem die konservative Regierung Miguel Abadía Méndez beschloss, einen einmonatigen Streik der Plantagen-Arbeitergewerkschaft für bessere Arbeitsbedingungen niederzuschlagen. Der Arbeitskampf war am 28. November 1928 als größter Streik in der kolumbianischen Geschichte ausgebrochen, als mehr als 25.000 Plantagenarbeiter sich weigerten, Bananen von United Fruit und einheimischen Plantagenbesitzern zu pflücken und nicht bezahlte Flurbereinigung umzusetzen. United Fruit weigerte sich strikt, der Hauptforderung nachzukommen, die ausbeuterische Akkordarbeit von täglich mindestens 10 Stunden durch monatliche Entlohnung zu ersetzen. Der US-Konzern setzte auf Konfrontation, die Armee griff ein und schoss friedlich protestierende Arbeiter über den

Haufen.

Die blutige Episode floss auch Jahrzehnte später noch in Literatur und Filmkunst ein. Das Massaker kommt als Episode in Gabriel García Márquez‘ weltberühmtem Roman „Hundert Jahre Einsamkeit“ vor. Doch Jahrzehnte davor entlud der chilenische Dichter und Literatur-Nobelpreisträger Pablo Neruda seine Ironie, Empörung und Trauer mit dem ebenfalls bekannten Gedicht „The United Fruit Company“, in dessen zweiter Strophe es heißt:

> „Sie taufte ihre Neuerwerbungen
> „Bananen-Republiken“,
> und über den schlafenden Toten,
> über den ruhelosen Helden,
> die Größe errungen hatten,
> Freiheit und Fahnen,
> errichtete sie eine Opera buffa: …“.

Titelbild: rawf8 / shutterstock.com